



Schule – Arbeit schulfrei – arbeitslos

Streichung von Schulstunden – so hat es dank unserer „geliebten“ Bundesregierung angefangen. Das ärgerte die Betroffenen klarerweise nicht wirklich, aber ausgerechnet die Sportstunden... Das war nur der Grauslichkeiten erster Streich – viele weitere folgten gleich. Universitätsreform – was daran Reform ist... Erneute Attacke auf die Schulen auf breiter Front: Streichung von LehrerInnenposten, Frühruhestand der LehrerInnen, lediglich halbherzige Proteste des Roten Wien, dem die Zerschlagung des den Ansprü-

chen einer modernen Großstadt entsprechenden Schulsystems nicht nur droht, sondern die vielmehr bereits voll im Gange ist. Das wird langfristig die Arbeitschancen der jungen Menschen in unserem Land, vor allem im Wiener Raum, erheblich verschlechtern, die Hinterbank am europäischen Arbeitsmarkt ist vorprogrammiert.

Dieser Grünspecht zeigt auf, dass diese Sparmanie vor allem auch in unserem Bezirk katastrophale Auswirkungen haben wird. MigrantInnen ohne Chance auf Bildung und

Job, Ausgrenzung statt Integration. PädagogInnen aus Kindergarten und Schule, betroffene Eltern und nicht zuletzt GrünpolitikerInnen wollen diesen Kontext von Bildung und Arbeit aus lokaler wie aus gesamt-europäischer Sicht deutlich machen. Das weist direkt auf die Wichtigkeit hin, mit unseren Stimmen bei der Arbeiterkammerwahl ebenso wie bei der Europawahl gegen diese Regierungsuntaten dezidiert Stellung zu beziehen!

Walter.Lehner@gruene.at



© R+F 2004

INHALT

Reform für unser Bildungswesen / Gebt den Kindern ihre Chancen zurück / Schul.frei / Es lebe die Pisa-Studie / Sozialer Abstieg – aufsteigende Grausbirnen / Europa – Stunde der Wahrheit / Greening the european cities / Qualifikation – eine Machtfrage / Mehr Grün in die AK /
Aktuelles & Veranstaltungen

Reform für unser Bildungswesen!

Das österreichische Bildungswesen ist reformbedürftig! Und zwar von den Kindergärten bis zu den Unis.

Darüber kann der Platz im Mittelfeld, der bei der großangelegten Pisastudie erreicht wurde, nicht hinwegtäuschen.

Seit Jahrzehnten werden alle Erkenntnisse aus Lernforschung, Psychologie, positive Erfahrungen aus anderen Ländern zu den Themen Gesamtschule, Integration, Ganztagschule und Beurteilungsformen vor allem von der ÖVP nicht nur ignoriert, sondern aktiv verhindert!

Das Wiener Schulwesen, das jahrzehntelang Pionierarbeit bei Integration, Beurteilungsformen und moderne Unterrichtsformen leistete, wird, wie das gesamte öffentliche Schulwesen, durch kurzsichtige und inhumane Kürzungspolitik seitens der Bundesregierung ausgehungert. Erste Bemühungen zur privaten Mitfinanzierung über Eltern und Sponsoring zeigen Erfolge. Es wird geplant, LehrerInnen, FreizeitbetreuerInnen und Kurse, etwa den unverbindlichen Übungen entsprechend, über Elternbeiträge zu finanzieren. In einigen Schulen findet das bereits statt. Der Argumentation, diese Aktionen seien ein Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die Regierungspolitik (!!!), ist entgegenzuhalten, dass die Regierung solchen „Widerstand“ geradezu wünscht!

In Wien fehlt der politische Wille hier einzuspringen und ein vorbildliches Bildungssystem zu etablieren und zu finanzieren. Zwar hat Gusenbauer die Bildung zur Chefsache erklärt - Vorstöße zu Ganztageschule, Vorschuljahr, etc. - doch Wien wehrt sich gegen eine Finanzierung durchs Land. Bildung ist Bundessache – auch dann wenn der Bund seine Sache immer schlechter macht. Wien verlegt sich auf die Hoffnung: Einmal wird alles besser werden, besonders wenn wir wieder regieren.

Die Regierung hingegen denkt nicht daran, für die Kinder tätig zu werden. Es war Ziel, 10.000 LehrerInnen einzusparen. Dieses ist nun nahe und die Auswirkungen in den Schulen unübersehbar. Bildungsqualität ist nicht allein von der Anzahl der LehrerInnen abhängig, doch einen Zusammenhang kann nicht einmal die Bundesliesl leugnen. Sie selbst hat eine Zukunftskommission eingesetzt. Aus der vorgelegten Studie pickt sie sich heraus, was ihr gerade nützt, z.B. Standardisierte Tests und Kontrolle!

Es lohnt, auch die anderen Punkte der Studie zu betrachten. Da haben Noten nur geringen Informationswert, sind mangelnd vergleichbar, daher ungeeignet und

sollen ersetzt werden. Die Lisl stöhnt: „Aber doch nicht die Noten!“

Es werden negative Entwicklungen im Bereich von Motivation und Befinden genannt. Viele Länder, die skandinavischen, Holland und vor allem die für uns bedeutsamen östlichen Nachbarn, haben die Bedeutung von Bildung erkannt und locken Investoren nicht zuletzt wegen gut ausgebildeter Mitarbeiter an.

Gipfel geherscher Ignoranz ist, dass die Kommission die Organisationsform nicht berücksichtigen, also nicht in Richtung Gesamtschule denken durfte. In keinem westeuropäischen Land sind die sozioökonomischen Hintergründe der Kinder entscheidender als in den deutschsprachigen. Eine Teilung in AHS und Pflichtschule verstärkt solche Phänomene. Für eine offene, demokratische Gesellschaft besteht angesichts solcher Ergebnisse dringender Handlungsbedarf. Dann lieber neoliberales Denken: Aushungern der Pflichtschule und die, die es sich leisten können, oder die entsprechenden Kontakte zu Sponsoren haben, machen sich eine eigene Schule. Benannt wird das mit dem positiv besetzten Begriff Autonomie.

Die Autonomie endet bei den standardisierten Tests, deren Ergebnisse im Sinne von Transparenz und Informationspflicht veröffentlicht werden sollen. Man erwarten, dass LehrerInnen künftig ihre Schüler vor allem auf diese Tests vorbereiten (Schülerjargon: hintreten).

Es braucht kein Schwarzsehen um folgendes Zukunftsszenario zu sehen:

„Autonome“ Schulen suchen sich die LehrerInnen selbst aus, lassen sich von Eltern oder Sponsoren ausstatten (Turnsäle, Musikräume, Computer ...), zusätzliches Personal anstellen, „trainieren“ für die Tests, erzielen erwartungsgemäß bessere Ergebnisse als die Schulen der Unterprivilegierten (öffentlich, kostenlos), bilden Kooperationen mit Universitäten und der Wirtschaft und bringen ihre Schüler dort unter, was wiederum zum Ansehen der Schule beiträgt und Sponsoren sowie finanzkräftige Eltern anzieht, und so die Lebenschancen gleich bei der Geburt eines Menschen festlegt.

Zu schwarz gesehen? Wo gibt es denn so etwas?

Im Land der (fast) nur begrenzten Möglichkeiten!

Im übrigen bin ich der Meinung, dass die Mehrstufenklassen unbedingt auszubauen sind!

Heinz Chinaski, Volksschullehrer in Wien



Gebt den Kindern ihre Chancen zurück!

Das Schulsparpaket aus Sicht betroffener Eltern

Erster Dezember 2003. Unser Sohn kommt mit unerfreulichen Nachrichten heim: In seiner Volksschulklasse im 2. Bezirk gibt es seit heute keine Begleitlehrerin mehr. Tags darauf der Informationsbrief der Direktion: insgesamt drei (!) Lehrerinnen werden von einem Tag auf den andern abbeordert. Wir sind entsetzt. In der Direktion erzählt man uns, der Mangel sei unüberbrückbar: 40 Wochenstunden fehlen.

Die LehrerInnen sind frustriert. Sie können das Fehlen von Fachkräften nicht kompensieren. Förderunterricht und Deutsch-Begleitkurs sind ersatzlos gestrichen: Kinder mit Lernschwächen oder mit schlechtem Deutsch bleiben einfach über. An unserer Schule beträgt der Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache 60 Prozent. Um ihnen eine faire Chance auf Bildung zu geben, müssten sie besonders begleitet werden. Verzweifelte Eltern fragen uns: „Wie soll mein Kind das jetzt nun schaffen?“

Andere fragen: „Wird ein 2-Klassen-Bildungssystem eingeführt? Öffentliche Schulen für sozial und finanziell benachteiligte Kinder, an denen nur ein Minimum an Qualität geboten wird?“

Aber wir geben nicht auf: Es muss doch eine Lobby für die Kinder geben! Wir machen uns auf zum Dachverband der Elternvereine. Beim ersten Treffen werden eifrig Daten gesammelt: Ca. 200 Eltern erzählen, was an den Wiener Schulen so alles fehlt. Dann werden grosse Aktionen angekündigt. – Der Dachverband bringt bis heute nichts zusammen. Die einzige Aktion ist eine samstägliche „Kaffeekränzchen“, das niemanden weh tut, da es fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet.

Die Kürzungen sollen im Herbst munter weitergehen. Wir Eltern dürfen nicht ohnmächtig zusehen, wir müssen unüberhörbar laut werden!

R + F

ZAHLEN UND FAKTEN

- Seit 2000 wurden 12 Prozent der PädagogInnen an den Wiener Schulen weggekürzt. Insgesamt ist ein Minus von 15 Prozent geplant.
- Am 1. Dezember 2003 gingen rund 850 PädagogInnen in Frühpension. Nachbesetzt wurden sie nicht.
- Begleit- und StützlehrerInnen sowie SprachheilpädagogInnen wurden abgezogen und als KlassenlehrerInnen eingesetzt. Die Planstellen für Integration von behinderten Kindern wurde mit 2,7 Prozent der Planstellen „gedeckelt“, was für Wien eine gewaltige Verschlechterung bedeutet und das Recht auf Integration wieder in Frage stellt.
- Angebote für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache wurden kräftig gekürzt.
- Mindestens weitere 150 LehrerInnen werden ab Herbst 2004 an Wiens Pflichtschulen eingespart.
- Das Sparpaket wurde im Finanzausgleich zwischen schwarz, blau und rot in trauter Eintracht vereinbart.

tag der arbeitslosen
30. april

Straßenfest
Mariahilferstraße, Ecke Neubaugasse
Freitag, 30. April 2004, 18 - 20 Uhr

Das Leben endet ~~am Arbeitsplatz!~~
... und auch nicht am Arbeitsplatz!

- Theater im Bahnhof spielt: Stegreiftheater AMS
- Polit-Talk: Grüne Promis auf der Bühne
Mit Maria Vassilova, Monika Vera, Nikola Petric, Albert Eisenmann, Karl Ötzinger
- Live on stage: Snakkerdu Dansk
Marianne Fogten

Lesen, Trinken, Politik, Interviews, Kinderprogrammen, Sport, viel

GRÜNE Alternativen und Grüne Gemeindefachschaften UG

DIE GRÜNEN GRÜNGLIEDER WIEN

<http://www.gruene.at/tag-der-arbeitslosen>



Sozialer Abstieg – aufsteigende Grausbirnen

Es lebe die Pisa-Studie!

Kinder sind unsere Zukunft – was sind sie uns wert, welchen Platz haben die Kinder und der Kindergarten in der Gesellschaft?

Der Kindergarten soll die Erwartungen von Eltern, Lehrern, Gesellschaft, Wirtschaft und Dienstgeber erfüllen:

- Die Wirtschaft erwartet selbständige, lernbereite, innovative und kreative Menschen; die Institution Kindergarten soll den Grundstein dafür legen, doch kosten soll das Ganze am besten nichts.
- Die Lehrer erwarten gut vorbereitete, „vorgeschulte“ Kinder.
- Die Eltern wollen ihre Sprösslinge „rundum“ gut versorgt wissen.
- Der Dienstgeber sieht den Kindergarten als familienergänzende Einrichtung mit Bildungsauftrag.

Hohe Ansprüche von allen Seiten – immer weniger Ressourcen an Geld, Zeit, Raum und Personal stehen dafür zur Verfügung.

Dabei spiegeln sich alle gesellschaftlichen Befindlichkeiten im Kindergartenalltag wider: verhaltensauffällige Kinder, zerbrochene Familien, ökonomische Zwänge der Eltern, hohes Tempo der Informationstechnologie (die selbst vor den drei bis sechsjährigen Kindern nicht Halt macht), eine neue Qualität des Gewalt- und Suchtverhaltens, die Integration von MigrantInnen; all das vor dem Hintergrund unserer Spaß- und Eventkultur.

Die Politik muss

- Durch Teilzeitjobs mit Bezahlung ohne Armutsgefährdung die Vereinbarkeit von Beruf und Kind schaffen!
- Die Arbeitsbedingungen des Kindergartenpersonals nicht weiter verschlechtern!
- Den Wert qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung erkennen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen!

Maria M., Kindergärtnerin in der Leopoldstadt

„Oft ist weniger Wissen mehr, aber es muss aktuell sein“, äußerte sich Bildungsministerin Gehrler kryptisch.

Die Bildungsministerin folgt hier dem Ruf der Wirtschaft nach mehr Wirtschaftswissen und Computerausbildung zum Nachteil der auszubildenden Generation und „entrümpelt“ die Lehrpläne. Bei humanistischer Bildung, Turnen, Musikunterricht und bildnerischer Erziehung wird gekürzt, statt dessen werden junge Menschen für einen Arbeitsmarkt zurechtgebildet, den es in Wahrheit längst nicht mehr für alle gibt, wenn man von den „MCJobs“ und den „neuen Selbstständigen“ absieht - zum Leben zu wenig, zum Hungern zu viel.

Bildung und Ausbildung sind am freien Markt zu kaufen, sie sind kein Gut mehr für Alle und kosten Geld, das erst verdient werden muss. Die meisten Menschen müssen aber bereits ohne Bildungskosten für einen genau kalkulierten Lebensstandard arbeiten und das pausenlos!

Kinder von Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, AlleinerzieherInnen und NiedrigeinkommenbezieherInnen, welche sich das nicht leisten können, werden wohl oder übel das staatlichen Schulsystem in Anspruch nehmen müssen, das heißt weniger LehrerInnen, überfüllte Klassen, schlechte oder fehlende Lehrmittel, finanzielle Hürden bei der Nachhilfe und beim Uni-Zugang. Und der Lebensstandard dieser Kinder wird dann noch einmal weiter sinken, denn wenn ein Kärntner Sportler beim abendlichen Quiz vorführt, dass ungebildet sein keine Schande ist und man trotzdem Kohle machen kann, ist das die Ausnahme, sonst gibt es Chancen auf gut bezahlte Arbeit nur mehr für Bestausgebildete. Das ist fact.

In Großbritannien wird - laut Spiegel - Sozialhilfebezug bereits als Erbgut an die nächste Generation weiter gegeben: Es ist keine Seltenheit, dass bereits in der dritten Generation Sozialhilfe bezogen wird. Hauptursache dafür sind mangelnde Bildung und Qualifizierung und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit, von der es zum Sozialhilfebezug nicht weit ist.

Die Wende ist bereits passiert, Frau Gehrler nennt sie Reform. Eine Umkehr ist möglich, aber nur mehr durch eine andere Politik.

Gerda.Medek@gruene.at

Europa – Stunde der Wahrheit

Viele Regierungen, darunter auch die schwarz-blaue Koalition, stellen sich der Demokratisierung der Union in den Weg. Sie wollen sich der Mitentscheidung und Kontrolle von Öffentlichkeit, Parlamenten und Gerichtshof entziehen. Sie wollen ein Europa der Staatskanzleien und zündeln mit dem Nationalismus. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Viele Regierungen wollen die Nato mit der künftigen Verteidigungsunion verschmelzen. Wir wollen eine autonome europäische Friedensordnung.

Europa ist noch immer ohne Antwort auf die Gefahren der Globalisierung.

Der Neo-Liberalismus bekämpft alle Versuche, eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialordnung der Union zu schaffen.

Soziale Mindeststandards, Harmonisierung der Steuern, verantwortlicher Umgang mit neuen Technologien, Recht auf Gesundheit vor Verkehrsfreiheit, Ausstieg aus der Atomenergie, ökologische Landwirtschaft: alle diese Ziele können nur gegen den Widerstand dieser fundamentalistischen Ideologie errungen werden.

Viele nehmen dabei Verteilungskämpfe, neue Armut, soziale Spannungen, Ungleichheit, ökologische Schäden und den Wiederaufstieg von Nationalismus und extremer Rechten in Kauf. Wir nicht.

Johannes.Voggenhuber@gruene.at



„Du entscheidest. Für Frieden in Europa.“

GREENING THE CITIES IN THE EUROPEAN UNION

Das internationale Treffen Grüner KommunalpolitikerInnen im Wiener Austria Center im Dezember 2003 war ein Riesenerfolg. Unsere Initiative zur Vernetzung Grüner StädtepolitikerInnen ist auf sehr großes Interesse gestoßen. In Wien ist der Startschuss zu einer intensiven Kooperation zwischen Grünen LokalpolitikerInnen und Europa-ParlamentarierInnen gefallen.



Auch Daniel Cohn-Bendit, Vorsitzender der Grünen Fraktion im Europaparlament sieht in dieser Vernetzung Grüner KommunalpolitikerInnen „einen erfolgreichen Schritt hin zu der konkreten Ausgestaltung der Europäischen Grünen Partei“. Mehr als 32 Nationale Grünparteien gründeten im Februar 2004 in Rom die Europäische Grüne Partei (EGP).

Im Hinblick auf die Europawahl 2004 werden die Wiener Grünen zudem nun im „Joint Venture“ mit den Europäischen Grünen die Zusammenarbeit mit den Grünen Schwesterparteien verstärken. Kernstück der Vernetzung werden Projekte mit den osteuropäischen Grünparteien sein.

Die Zukunft Europas liegt in den Städten.

Grenzüberschreitende Kooperationen müssen ausgebaut werden.

Urbane Politik muß aufgewertet werden.

Damit Europa näher zu den BürgerInnen kommt und die EU-Erweiterung ein Erfolg wird!

Qualifikation – eine Machtfrage

Arbeitslosigkeit wird in den Medien und von den UnternehmerInnen häufig auf zu geringe oder die „falsche“ Qualifikation der Arbeitssuchenden zurückgeführt. Diese Erklärung greift viel zu kurz angesichts der andauernden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und des neoliberalen politischen Rahmens, aber natürlich haben diese Aussagen auch einen wahren Kern: Die rasch ablaufenden Veränderungen in der Produktion und der strukturelle Wandel zur Dienstleistungsökonomie erfordern tatsächlich ein neues Ausmaß und eine andere Qualität der Weiterbildung.

Es gibt einen Trend zur sogenannten Wissensgesellschaft, also die zunehmende Bedeutung des Faktors Wissen, seiner Entstehung, Weitergabe und Verteilung in der gesamten Produktionsweise. Rund um diese Erkenntnis gibt es zwischenzeitlich jede Menge einschlägiger Management“theorien“ und -konzepte. Sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass in der praktischen Umsetzung eine systematische Polarisierung der Qualifikationsentwicklung sichtbar wird. Zudem übernehmen die Unternehmen immer weniger die Verantwortung für das propagierte „lebensbegleitende Lernen“. Zeit und Kosten werden auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt.

Daten aus Mikrozensuserhebungen des Statistischen Zentralamtes sowie der Arbeiterkammer zeigen, dass den im hohen Maß gegebenen Weiterbildungswünschen ein



sehr reduziertes und selektives Angebot gegenübersteht. Nur ungefähr ein Drittel der Beschäftigten erhalten Weiterbildungsangebote und diese sehr ungleich verteilt (40 % der Angestellten, aber nur 17 % der FacharbeiterInnen, HilfsarbeiterInnen haben überhaupt kaum eine Chance). Die Preise für die Kurse haben sich in den letzten Jahren vervielfacht, und wie gesagt – Weiterbildung ist sehr häufig mit einer entsprechenden Doppelbelastung verbunden („Freizeit“beschäftigung), die Frauen aus bekannten Gründen noch einmal diskriminiert.

Berufliche Weiterbildung wird vorwiegend von den großen Unternehmen getragen und in Branchen, in denen die Halbwertszeit der beruflichen Qualifikation schon sehr kurz geworden ist. Aber selbst in diesen Sektoren sind die Betroffenen mit dem Problem konfrontiert, die Qualifikation nicht in der gewünschten Breite vermittelt zu bekommen, sondern sehr betriebsspezifisch und bei einem Arbeitsplatzwechsel nicht entsprechend anwendbar.

Die jahrelange Forderung der Gewerkschaften nach einem Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung bei Sicherung des Arbeitsplatzes stößt bei den Unternehmern mit wenigen Ausnahmen auf taube Ohren, obwohl (oder weil?) die Realisierung dieser Maßnahme mehr Arbeit für alle schaffen würde. Die alternativen und grünen GewerkschafterInnen (AUGE) sehen allerdings die Notwendigkeit einer weitergehenden Regulierung der beruflichen (in einem weiten Sinn verstandenen) Weiterbildung: Es geht um Inhalte, Umfang, Zugangsberechtigung, Zertifizierung und Finanzierung. Genug gesellschaftlicher Konfliktstoff für die nächsten Jahre.

Paul Kolm

AK-Kammerrat für die AUGE/UG



Mehr Grün in die AK!

Vom 3. bis 14. Mai finden in Wien die Wahlen zur Arbeiterkammer statt. Dieser Wahlgang bietet den Medien nicht so attraktive Titelbilder wie triumphierende oder weinende Landeshauptmänner. Auch die Frage, wer in ehemals kaiserlichen Amtsräumen der Hofburg residieren soll, ist kein Thema.

Es geht um drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Interessensvertretung wählen. Sie wählen Menschen, denen sie zutrauen, dass sie sich für ihre Anliegen einsetzen:

- Für eine Beschäftigungspolitik, die eine selbstbestimmte Lebensplanung ermöglicht, Arbeitslosigkeit bekämpft und Armut verhindert.
- Für eine Gesundheitspolitik, die krankmachende Arbeitsbedingungen verhindert und einen gleichberechtigten und freien Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen für alle garantiert.
- Für eine sozial gerechte Pensionsreform, die vor allem Frauen vor Altersarmut bewahrt und einen Lebensabend in Würde sichert.
- Für tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen im Arbeitsleben.
- Für die Alternativen, Grünen und unabhängigen GewerkschafterInnen – **AUGE** – sind diese Forderungen darüber hinaus unlösbar mit der Erhaltung einer lebensfreundlichen Umwelt verbunden. Sie setzen sich ein für eine ökologische Steuerreform, die den Energie- und Ressourcenverbrauch belastet, die Kosten der menschlichen Arbeit entlastet und umweltschonende, sozial verträgliche Investitionen fördert.

Umweltschutz und qualitatives Wirtschaftswachstum sind kein Widerspruch. Die Vorsorge für die Umweltverträglichkeit kommt billiger als die Reparatur von ökologischen Katastrophen.

Es ist die Aufgabe von Gewerkschaften gemeinsam mit Bürgerinitiativen die Politik der Bundesländer und des Parlaments kritisch zu beurteilen und Fehlentwicklungen rechtzeitig aufzudecken. Die Arbeiterkammer sollte eine Einrichtung sein, die Voraussetzungen dafür schafft. Sie können durch eine Stärkung der **AUGE, der Alternativen, Grünen und unabhängigen GewerkschafterInnen, Liste 4**, in der Arbeiterkammer dazu beitragen.

Elisabeth Holzer



Liste 4



Informationen:

AUGE-Wien, Belvederegasse 10, 1040, Tel.: 505 19 52,
E-mail: auge@ug-oegb.at <http://www.auge.or.at>

Aktuelles aus dem Bezirk

Mädchen projizierten ihren eigenen coolen Spielplatz

Wenn es nach den Initiatorinnen ginge, sollte bereits im Sommer 2001 am Donaukanalvorkai auf der Höhe Fruchtgasse ein mädchengerechter Spielplatz entstehen. Es sollten Bereiche geschaffen und Spielgeräte errichtet werden, die speziell auf die Bedürfnisse von Mädchen abgestimmt sind.

SPÖ gibt kein Geld

Während es für diverse repräsentative Bauprojekte wie Messe(-türme), Garagen und Gewerbekomplexe kräftige Dotierungen gibt, kommen kleine jugendfreundliche Projekte unter die Räder. Es ist ein ausgesprochen schlechter Witz, dass es nicht möglich ist, bei dem Riesensbudget der Stadt Wien EUR 45.000,- aufzutreiben.

Grüne Leopoldstadt verärgert

Bei jeder (un-)passenden Gelegenheit feiert sich die SPÖ ab, wie kinderfreundlich sie doch sei, am oben Geschilderten sieht man/frau, dass die Show mittlerweile wichtiger geworden ist als Taten. Wir werden nicht locker lassen, bis endlich dieser Spielplatz errichtet ist, das sind wir den Jugendlichen schuldig.

Michael.Galhaup@gruene.at

Die Grünen Leopoldstadt treffen sich jeden 1. und 3. Mittwoch um 20 Uhr in der GALERIE VOR ORT, Wohlmutstraße 14.

Interessierte sind herzlich willkommen!

**Im Netz findet Ihr uns unter:
<http://leopoldstadt.gruene.at>**



BILDEN wir das neue Europa !

Wien rückt ins Zentrum des neuen Europa – der 1. Mai 2004 ist mit dem Beitritt der neuen Länder zur EU ein für die zukünftige Entwicklung dieser Stadt historisches Datum. Die Veranstaltung soll Wege in eine lebenswerte Zukunft dieses größeren Europa aufzeigen – ein prosperierendes, gerechtes und demokratisches Europa mit Wien als Ort der Begegnung.



PROGRAMM

14:45-15:00 **Cindzi Renta** / „Nasser Fetzen“ (Krumlov, CZ)
Besetzung: Michal Kotlar - voc., Akkordeon / Dusan Vagaj - voc., Kontrabas / Pavel Dano - voc., Guit. Ondra Valach - Clarinet

15:00-15.45: **Arbeitsmarktpolitik & GATS**
mit Gemeinderätin **Monika VANA**

15:45-16:00 **Cindzi Renta** / „Nasser Fetzen“

16:00-16.45: **Schule heute – Schule morgen**
mit Gemeinderätin **Susanne JERUSALEM**

16:45-17:00 **Cindzi Renta** / „Nasser Fetzen“

17:00-17.45: **Arbeitswelt und Migration im neuen Europa**
mit **Ercan YALCINKAYA** (AUGE/UG)

17:45-18:00 **Cindzi Renta** / „Nasser Fetzen“

18:00-19.00: **Europa als wirtschaftliche Chance für Wien**
mit Gemeinderat **Christoph CHORHERR**

Moderation: Barbara Neuroth & Paul Kolm

Veranstaltungen • Termine • Infos

Autofreier Tag 2004 – Aufruf zum Mitmachen!

„Umweltschutz braucht Beteiligung“: Mehr als ein Wahlslogan – wir laden Dich herzlich ein, zum autofreien Tag 2004 am 22. September ein Gehzeug (siehe Foto von der Gehzeug-Demo am Praterstern) zu tragen und damit die Straße für Dich zurück zu erobern!

InteressentInnen bitte jetzt schon melden, um uns genaue Planung zu ermöglichen. Datum/Uhrzeit: 22.09.2004 / 14:30

Ameldung: martin.juen@gruene.at, tel.: 0664/411 46 77



im **p**ressum

PostZul.Nr.GZ02Z031846M DVR-Nr. 0527491
P.b.b.

MHV: Grüne Alternative Leopoldstadt (Grüne Wien), Lindengasse 40, 1070 Wien